

Zürich

Bern setzt auf eine Einigung mit Deutschland

Das künftige An- und Abflugregime auf dem Flughafen Kloten konkretisiert sich. Im Rennen verbleiben drei Betriebsvarianten. Zwei davon machen Neuverhandlungen mit Deutschland nötig. Ein Pistenausbau soll weiter möglich bleiben.

Von Stefan Häne

Kloten/Bern - Die Schweiz will Deutschland im nächsten Jahr einen neuen Vorschlag über die Benutzung des süddeutschen Luftraums unterbreiten. Dabei möchte die Schweiz erreichen, dass der Flughafen zwischen 6 und 7 Uhr morgens von Norden her angefliegen werden kann. Ziel der kommenden Verhandlungen sei es, die deutschen Restriktionen bei den Nordanflügen zu lockern, sagte Peter Müller, der Direktor des Bundesamtes für Zivilluftfahrt (Bazl), gestern in Bern. Was die Schweiz im Gegenzug anbietet, ist offen. Die Details sind laut Müller vertraulich.

Ob der angestrebte Durchbruch gelingt, ist fraglich. Süddeutschland hat am Montag bekräftigt, der Schweiz kein Jota entgegenzukommen. Der Waldshuter Landrat Tilman Bollacher will in Berlin sogar auf weitere Einschränkungen für Anflüge über Süddeutschland hinwirken (TA von gestern).

Den Rahmen für die anstehenden Gespräche mit Deutschland bilden drei Betriebsvarianten. Das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) hatte die drei Optionen für das künftige Betriebsregime im August vorgelegt, zu denen sich die betroffenen Kantone äussern konnten. Nach Auswertung der Antworten hat das Departement von Bundesrat Moritz Leuenberger (SP) entschieden, alle drei Varianten weiterzuverfolgen (siehe Grafik). Solange keine neue Regelung mit Deutschland vorliegt, gilt die Variante «E DVO», welche die deutschen Sperr-

zeiten einhält. Das Uvek bevorzugt jedoch jene zwei Varianten, die beide eine Einigung mit Deutschland voraussetzen. Eine davon, die Variante «J optimiert», sieht Pistenerweiterungen vor und belastet gemäss Bazl am wenigsten Menschen mit Fluglärm.

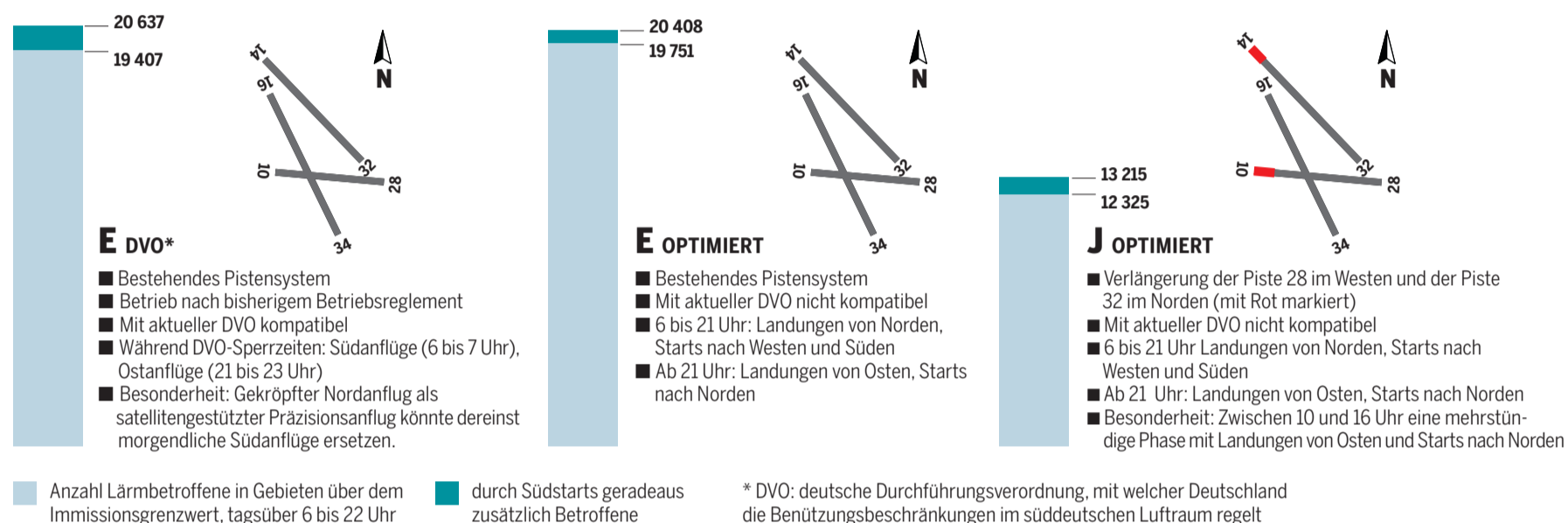
Weiter will das Uvek bei schlechtem Wetter Starts geradeaus nach Süden zulassen. Es geht um rund 1000 Abflüge pro Jahr. Bazl-Direktor Müller betonte,

Südabflüge zur Erweiterung der Kapazitäten kämen nicht in Frage. Die Bedenken der Fluglärmgegner konnte er damit gleichwohl nicht zerstreuen. Das Fluglärmforum Süd verlangt eine «rechtsverbindliche Garantie», damit der Süden «nicht schleichend zum Startkorridor mutiert». Die IG Nord wirft dem Bazl vor, die politische Realität zu verkennen. Die Vereinigung Bürgerprotest Fluglärm Ost spricht von einem

«Verrat an der eigenen Bevölkerung». Der Uvek-Beschluss sei ein «taktischer Super-GAU». Deutschland kenne nun das Maximum, zu dem Bern bereit sei. Wer beim Pokern die Karten offen auf den Tisch lege, müsse sich nicht wundern, wenn er verliere. Die Grüne Partei geisselt das Uvek als «Handlanger der Luftfahrturbos». Sie hofft, das Zürcher Stimmvolk werde die Initiative für ein Pistenausbauverbot annehmen.

Die verbleibenden Varianten finden Eingang in den Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL), der die Basis für den Betrieb des Flughafens Kloten bis 2030 bildet. Mitte 2010 wird der SIL parallel zu den Richtplänen der betroffenen Kantone öffentlich aufgelegt. Neben den Kantonen wird sich auch die Bevölkerung zum Entwurf äussern können. Das letzte Wort hat der Bundesrat. 2012 wird er das SIL-Objektblatt absegnen.

Lärmbetroffene Personen bei drei möglichen Betriebsvarianten auf dem Flughafen Zürich



TA-Grafik kmh / Quelle: BAZL

Studieren wird nicht teurer - weder an der Uni noch an Fachhochschulen

Der Kantonsrat tastet das Uni-Budget nicht an. Die Fachhochschulen müssen 5 Millionen Franken sparen.

Zürich - Sechs Stunden mussten die Studierenden der Fachhochschulen und der Universität gestern Nachmittag auf der Tribüne im Zürcher Rathaus ausharren. Dann erst debattierte der Kantonsrat über die Kürzung der Beiträge an ihre Bildungsinstitute und damit auch über eine Erhöhung der Studiengebühren. Am Schluss konnten die Uni-Studenten jubeln. Die Fachhochschüler machten ihrem Unmut mit Pfiffen Luft - zu früh.

Der Kantonsrat kürzte den Fachhochschulen zwar das Budget um 5 Millionen, während er eine Kürzung des

Uni-Budgets um 10 Millionen ablehnte. Dennoch wird Studieren an beiden Orten nicht teurer. Wie Bildungsdirektorin Regine Aepli (SP) nach der Debatte erklärte, würden die Fachhochschulen die 5 Millionen sparen und nicht über Studiengebühren kompensieren. Sie schloss indes eine spätere Anpassung der Gebühren nicht aus, doch müsste dies mit den anderen Kantonen koordiniert werden.

Die Debatte war hitzig und emotional. «Das Studium darf nicht vom Portemonnaie der Studierenden abhängen», begründete Markus Späth (Feuerthalen) die Opposition der SP gegen die Gebührenerhöhungen. Kurt Leuch (EVP, Oberengstringen) sprach von einem «Versuch, aus einem Beutel Studentenfutter noch etwas Saft herauszupressen». Ralf Margreiter (Grüne, Zürich) warf der FDP

vor, sie gebe «die urliberale Forderung des freien Zugangs zur Bildung zum Abschluss frei». Marlies Zaugg (FDP, Richterswil) hingegen fand es «gerechtfertigt, dass die Studierenden ihre Eigenverantwortung wahrnehmen». Und Mathias Hauser (SVP, Hüntwangen) meinte, Studierende könnten ja zu Hause wohnen, dann reiche das Geld.

In der Mitte standen CVP und GLP. Sie gaben den Ausschlag für das Ja zur Kürzung bei den Fachhochschulen und das Nein bei der Uni. Der Unterschied bestehe darin, dass an der Uni das Budget ohnehin bereits gekürzt wurde, während an den Fachhochschulen der Aufwand von Jahr zu Jahr kräftig steige, erklärte Thomas Maier (GLP, Dübendorf). Dort könnten 5 Millionen auch ohne Gebührenerhöhung gespart werden.

Sihltalstrasse bleibt breit

Der Kantonsrat hatte den ganzen Nachmittag hindurch über Sparanträge zu befinden, die zum grössten Teil gutgeheissen wurden. SP und Grüne fanden sich in der ungewohnten Situation, dass sie das Budget des bürgerlichen Regierungsrates verteidigten, welches von bürgerlicher Kantonsratsseite angegriffen wurde. Überraschend klar nahm der Rat den Antrag der Finanzkommission an, die Sihltalstrasse nicht zu verengen. Er strich mit 157 zu 10 Stimmen die dafür vorgesehenen 5,6 Millionen. Einzig ein paar SP-Vertreter waren dafür.

Bis zum Redaktionsschluss war die Debatte noch im Gang. Es zeichnete sich ein Ja zum Budget mit unverändertem Steuerfuss von 100 Prozent ab.

Rene Donzé



«Es wäre ein Schildbürgerstreich, die Studiengebühren zu verdoppeln.»

Regierungsrätin Regine Aepli (SP)

Nachruf Zum Tod von Walter Stutzer.

Von Hans Heinrich Coninx

Ein kollegialer und kritischer Ratgeber

Mit Walter Stutzer ist ein Journalist gestorben, der dem «Tages-Anzeiger» als Chefredaktor für Jahrzehnte ein neues Gesicht gab. Sein Wirken wurde durch die Redaktion gewürdigt (TA von gestern Dienstag). Ich will dies hier auch aus meiner Sicht tun, weil ich das Privileg hatte, während vieler Jahre in verschiedenen Funktionen eng mit ihm zusammenarbeiten zu dürfen.

Meine erste Erinnerung an Walter Stutzer geht zurück in die Zeit, als ich als junger Volontär Lehrjahre in der Redaktion des «Tages-Anzeigers» absolvierte. In ihm erlebte ich einen Chef, der mich nie als Sohn des Verlegers Otto Coninx, sondern als Mitarbeiter wie alle anderen behandelte. Er las das, was ich schrieb, sehr genau. Und wenn ich zu ihm zitiert wurde, dann lobte er zuerst das Positive, um dann auf jene Passagen zu sprechen zu kommen, die ihm nicht schlüssig schienen.

Walter Stutzer wird zu Recht als «Erfinder des neuen «Tages-Anzeigers» bezeichnet, der im Januar 1963 mit einer völlig neuen Blattarchitektur erschienen ist. Die Vorbereitung auf den Neustart bezeichnete er immer als die glücklichste Periode in seiner Tätigkeit als Chefredaktor. Er war begeistert, zusammen mit einem kleinen Team auszeichneter Journalistinnen und Journalisten den neuen «Tages-Anzeiger» entstehen zu lassen, mit eigener Handschrift gestaltet, aber inspiriert von führenden angelsächsischen Zeitungen. Später erklärte er, dass dies nur gelungen sei, weil er völlige Freiheit bei der Neuausrichtung «seines» Blattes erhalten habe.

Nach seinem Rücktritt als Chefredaktor trat Walter Stutzer mit mir zusammen in die Geschäftsleitung der damaligen Tages-Anzeiger AG ein. Ihm wurde die Verantwortung für den Bereich Publizistik übertragen, eine Funktion, die es vorher nie gab und später in dieser Form auch nie mehr geben sollte. Was er damals an professioneller Erfahrung in die Leitung des Medienhauses einbrachte, ist bis heute als journalistische Handlungsanleitung festgeschrieben.

Später, als Verwaltungsratspräsident von Tamedia, fragte ich ihn an, ob er bereit sei, in unserem Publizistischen Beirat Einsitz zu nehmen. Bereits an der Schwelle zu seinem 80. Altersjahr stehend, zögerte er lange mit einer Zusage. «Ich bin dafür doch viel zu alt, und was soll ich jenen raten, die doch einen hervorragenden Job machen», meinte er. Es war ein Glücks-



Walter Stutzer.

fall, dass er sich dann doch für ein Mittun entschied, denn seine «sanften» Anmerkungen und Ratschläge zeigten den «jungen» Chefredaktoren, dass auch das Rad Journalismus immer wieder neu erfunden werden darf. Walter Stutzer war ein strenger Chef. Aber er war gleichzeitig auch ein unheimlich geselliger, humorvoller Kollege. Legendär waren die Feste, die er organisierte. Ich erinnere mich an eine Retraite der Geschäftsleitung in Luzern, die just zur Faschnachtszeit stattfand. Er war nicht zu halten. Er drängte darauf, uns dieses Urfest der Zentralschweiz vorzuführen. Es blieb zu vorgerückter Stunde nicht nur beim Besuch in den Strassen Luzerns, sondern wir wurden von ihm auch noch zur Sarner Fasnacht geleitet. Und er war es, der dann beim geschlossenen vorgefundenen Hotel auch ein offenes Fenster fand, durch das wir einzeln einsteigen mussten.

Walter Stutzer war eine der herausragendsten journalistischen Persönlichkeiten unseres Landes. Die Erfolgsgeschichte des «Tages-Anzeigers» ist von ihm massgeblich mitgeschrieben worden. Er war für mich zeit seines Lebens ein freundschaftlicher und stets kritischer Ratgeber. Dafür bin ich ihm zu bleibendem Dank verpflichtet.

Hans Heinrich Coninx war von 1987 bis 2007 Verleger und Verwaltungsratspräsident von Tamedia.

Kampf ums Budget

Der Kanton Zürich hält Millionen zurück

Der Kanton will zwar nicht gerade seine Mitgliedschaft in der Eidgenossenschaft sistieren, wie dies Ratsmitglied Jean-Philippe Pinto (CVP, Volketswil) mit Augenzwinkern forderte. Doch der Kantonsrat hat gestern Dienstagabend ein Zeichen in Richtung Bundesbern geschickt. Ein umstrittenes und juristisch zweifelhaftes. Er gab dem Regierungsrat den Auftrag, 34 Millionen Franken weniger in den Finanzausgleich abzuliefern. Aus diesem Topf wird die Finanzkraft zwischen den Kantonen ausgeglichen. Zürich muss nächstes Jahr 547 Millionen einzahlen, nun sollen es bloss 513 Millionen sein.

Mit der Kürzung will die bürgerliche Mehrheit dagegen protestieren, dass der Kanton Jahr für Jahr mehr abliefern muss, und gleichzeitig immer mehr Lasten übernimmt. So finanziert Zürich den Bau des Durchgangsbahnhofes vor und übernimmt die daraus entstehenden jährlichen Zinskosten von 13 Millionen Franken. Das führte die Finanzkommission zum Kürzungsantrag um 33,5 Millionen. «Der Kanton Zürich ist die Milchkuh der Nation, doch jetzt ist die Milch ausgegangen», sagte Pinto.

Die Empörung teilten zwar auch einige Vertreter von SP, Grünen und EVP. Doch hielt sie es mit Ratspräsidentin

Esther Hildebrand (Grüne, Illnau-Effretikon), die den Antrag überhaupt nicht zur Behandlung annehmen wollte. Er verletze Bundesrecht, der Kanton sei zur Zahlung des Finanzausgleichs verpflichtet. Ralf Margreiter (Grüne, Zürich) sagte: «Wir machen damit nicht bloss Unsinn, sondern begehen einen Rechtsbruch.»

Regierungsrätin Ursula Gut (FDP) beteuerte, der Bund wisse vom Unmut der Zürcher, die Regierung habe in Bern vorgeschlagen. Doch es bringe nichts, das Geld zurückzubehalten. Der Bund würde für das fehlende Geld einfach Verzugszinsen berechnen. Und da der Bund dem Kanton jedes Jahr auch Ressourcen ausgleich bezahlt, wird er die 33,5 Millionen bei der nächsten Zahlung abziehen. «Es wird ein Nullsummenspiel», sagte Gut. Doch die Mehrheit hielt es mit Martin Arnold (SVP, Oberrieden), Präsident der Finanzkommission. Er bezeichnete die Kürzung zwar als «rechtlich und buchhalterisch schwierig». SVP, FDP, CVP, GLP und EDU setzten sich mit 105 gegen 65 Stimmen durch. Wie sie mit diesem Auftrag nun umgehen werde, konnte Gut nach der Sitzung nicht sagen. «Ich habe zwar eine Idee, doch muss ich das zuerst im Regierungsrat besprechen.» (rd)